

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung zur Druckfassung und dem Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts 1

Einführung 3

- A. Einführung in die Thematik und Problemaufriss 3
- B. Reform und Fundamente des Beschlussmängelrechts der Personengesellschaften 8
- C. Gang der Untersuchung 14

1. Kapitel:

Grundlagen eines Beschlussmängelrechts der Personengesellschaften 15

- A. Der fehlerhafte Gesellschafterbeschluss im Personengesellschaftsrecht 15
 - I. Der Gesellschafterbeschluss 16
 - 1. Funktionaler Beschlussbegriff 16
 - 2. Die *Essentialia* des Gesellschafterbeschlusses 18
 - a. Die *Essentialia* als Abgrenzung zum „Nicht-Beschluss“ 18
 - b. Antrag 20
 - c. Abstimmung 21
 - d. Beschlussfeststellung 22
 - e. Zurechenbarkeit 25
 - f. Schlussfolgerungen 25
 - g. Der unwirksame Beschluss 27
 - 3. Der Gesellschafterbeschluss bei der Beurteilung der Rechtmäßigkeit eines Beschlusses 28
 - 4. Beschlussbegriff bei der Beurkundung 32
 - 5. Ergebnis 32
 - II. Die Fehlerhaftigkeit des Beschlusses 33
 - 1. Einteilung in formelle und materielle Beschlussfehler 33
 - 2. Abgrenzung: Mängel der Stimmabgabe 35
 - 3. Abgrenzung: Zweistufige Legitimation des Mehrheitsbeschlusses 36

B.	Rechtsnatur des Gesellschafterbeschlusses.....	40
I.	Der Beschluss als Rechtsgeschäft eigener Art	40
II.	Verwirklichung der Privatautonomie	42
III.	Verhältnis von Willenserklärung und Rechtsgeschäft	45
IV.	Beschlusswirkungen und Bezug zur Organisation der Gesellschaft.....	45
V.	Stellungnahme zur Rechtsnatur.....	48
VI.	Der Beschluss als Vertrag	49
C.	Die Interessenlage bei fehlerhaften Gesellschafterbeschlüssen.....	50
I.	Gesellschafterschutz.....	51
1.	Minderheiten- und Gesellschafterschutz.....	51
2.	Rechtsformspezifische Unterschiede	53
II.	Bestandskraftinteresse innerhalb der Gesellschaft.....	55
1.	Bestandskraftinteressen bei der Beschlussfassung	55
2.	Berücksichtigung von Bestandskraftinteressen bei Personengesellschaften im Innenverhältnis außerhalb des Beschlussmängelrechts	60
3.	Erhalt des Vertrauensverhältnisses	62
III.	Interessen Dritter und der Allgemeinheit	63
1.	Bestandskraftinteresse Dritter und zukünftiger Gesellschafter	63
2.	Legalitätsinteresse Dritter und der Allgemeinheit	66
IV.	Ergebnis	67
D.	Die Rechtsfolge der Nichtigkeit (Grundlagen)	67
I.	Die Nichtigkeit als zentrale Rechtsfolge im Beschlussmängelrecht....	67
II.	Einschränkungen des Nichtigkeitsgrundsatzes <i>de lege lata</i>	69
1.	Einschränkungen im Personengesellschaftsrecht	69
2.	Einschränkungen in den Freigabeverfahren.....	71
III.	Einschränkungen in der Reformdiskussion.....	74
IV.	Grundlage der Nichtigkeit fehlerhafter Beschlüsse	76
1.	Verstöße gegen zwingendes Recht	76
a.	§§ 125 S. 1, 134, 138 BGB	76
b.	Sonstige gesetzliche Grenzen der Privatautonomie.....	78
c.	Ergebnis	79

2.	Verstöße gegen den Gesellschaftsvertrag und dispositives Recht.....	80
a.	Ergänzende Vertragsauslegung.....	80
b.	Das Recht auf gesetzes- und satzungsmäßige Beschlussfassung ...	81
c.	Fehlerhafte Beschlüsse als Durchbrechungen des Gesellschaftsvertrages.....	85
d.	Schlussfolgerungen	87
E.	Mögliche alternative Rechtsfolgen zur Nichtigkeit	89
I.	Verweis auf Schadensersatzansprüche	89
1.	Inhalt der Schadensersatzansprüche	89
2.	Effektivität durch nachträglichen Ausgleich	90
3.	Effektivität durch Prävention	92
II.	Gerichtliche Feststellung der Fehlerhaftigkeit	93
III.	Nichtigkeit <i>ex nunc</i>	94
1.	Potenzieller Anwendungsbereich.....	94
2.	Effektivität zur Durchsetzung von Gesetz und Gesellschaftsvertrag	96
IV.	Relative Nichtigkeit im Innenverhältnis.....	97
1.	Potenzieller Anwendungsbereich.....	97
2.	Ablehnung einer relativen Nichtigkeit für den Regelungsvorschlag der Arbeit.....	98
V.	<i>Noacks</i> interne und generelle Unwirksamkeit.....	100
VI.	Rechtsfolgen mit Sanktionscharakter	101
VII.	Ergebnis	102
F.	Ergebnisse und Konkretisierung der Fragestellung	103
I.	Ergebnisse.....	103
II.	Konkretisierung der Fragestellung	105
2. Kapitel:		
Einschränkungen des Nichtigkeitsgrundsatzes in einem Regelungsvorschlag der Arbeit.....		109
A.	Ordnungsvorschriften, Kausalität, Relevanz	109
I.	Ordnungsvorschriften	110
II.	Kausalität und Relevanz	110

B.	Wirtschaftliche Nachteile der Gesellschaft.....	113
I.	Vorschlag <i>Jens Kochs</i> zur Einschränkung der Nichtigkeitsfolge	113
II.	Regelungsvorschlag der Arbeit auf einer dogmatischen Grundlage...	115
1.	Notwendigkeit einer dogmatischen Grundlage.....	115
2.	Keine dogmatische Grundlage im allgemeinen Zivilrecht	117
3.	Keine Rechtfertigung mit der ökonomischen Analyse des Rechts...	118
a.	Grundaussagen der ökonomischen Analyse des Rechts	118
b.	Anwendung auf das Beschlussmängelrecht.....	119
4.	Treubindung als Grundlage.....	121
a.	Einschränkungen von Mitgliedschaftsrechten aufgrund der Treuepflicht	121
b.	Wirksamkeit des Beschlusses als Durchbrechung des Gesellschaftsvertrages.....	123
c.	Zwischenergebnis	126
d.	Rückwirkung der Entscheidung.....	126
e.	Verstöße gegen zwingendes Recht	128
5.	Überprüfung der Folgen.....	129
a.	Individuelle Zumutbarkeit	129
b.	Objektive Erforderlichkeit	131
aa.	Ausnahmeharakter der Abwägungsentscheidung.....	131
bb.	Einzelfallgerechtigkeit und Rechtssicherheit	132
cc.	Prozessbeschleunigung und Prozesskosten	134
dd.	Geringeres Missbrauchspotential und Möglichkeit der Bestätigung	135
ee.	Grundsätzlich keine Pflicht zur Darlegung eines berechtigten Interesses.....	135
c.	Zwischenergebnis	136
6.	Formulierung eines Ausnahmetatbestandes.....	137
7.	Ergebnis und Rechtsfolgen	140
C.	„Rückabwicklungsschwierigkeiten“ im Sinne der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft.....	141
I.	Die fehlerhafte Vertragsänderung	142
II.	Rückabwicklungsschwierigkeiten als Wertungsgrundlage	143

III.	Systematische Stellung einer Regelung zu Strukturänderungen.....	145
IV.	Einzelne Rückabwicklungsschwierigkeiten.....	147
1.	Verkehrsschutz.....	147
2.	Vermeidung einer unbilligen Chancen- und Risikoverteilung	149
a.	Rechtsprechung des BGH	149
b.	Übertragbarkeit auf eine Regelung in einem Gesetzgebungsvorschlag der Arbeit	150
3.	Erhalt von zivilrechtlichen Nebenpflichten	151
4.	Nichtigkeit nachfolgender Beschlüsse und anderer Maßnahmen....	152
a.	Problemaufriss	152
b.	Übertragung auf eine Regelung im Gesetzgebungsvorschlag der Arbeit	153
5.	Ergebnis zur Übertragbarkeit der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft	155
D.	Ergebnisse	156

3. Kapitel:

Befristung der Geltendmachung von Beschlussmängeln in einem Regelungsvorschlag der Arbeit	159	
A.	Verwirkungseinwand nach dem Feststellungsmodell.....	159
B.	Dogmatische Grundlage der zeitlichen Einschränkung.....	162
C.	Die Klagefrist in der Personengesellschaft nach dem Gesetzgebungsvorschlag der Arbeit.....	163
I.	Abstrakte Möglichkeiten einer Befristung	163
II.	Ablehnung einer strengen Frist im Sinne des § 246 Abs. 1 AktG	165
III.	Starre Frist und gesetzliche Konkretisierung der Ausnahmen	168
1.	Vorteile einer starren Frist	168
2.	Verhandlungen der Gesellschafter als fristverlängernder Umstand.	170
3.	Weitere fristverlängernde Umstände	172
a.	Personalistische Struktur.....	172
b.	Schwierigkeit der Sach- und Rechtslage	173
c.	Kenntnis des Gesellschafters von Beschluss und Mangel.....	175
aa.	Berücksichtigung in einem Regelungsvorschlag der Arbeit	175
bb.	Gestaltung in einem Regelungsvorschlag der Arbeit	177

d.	Weitere Umstände.....	178
4.	Länge der Frist	180
IV.	Zwischenergebnis	180
V.	Nicht der starren Frist unterliegende Beschlussmängel	181
D.	Fixierung des Beschlussergebnisses als möglicher den Fristbeginn auslösender Tatbestand nach dem Regelungsvorschlag der Arbeit.....	182
I.	Die Beschlussfixierung.....	182
II.	Überblick über Fixierungserfordernisse	183
1.	Fixierungserfordernisse nach den §§ 109 ff. HGB n.F.....	183
2.	Fixierungserfordernisse in der AG.....	186
3.	Fixierungserfordernisse in der GmbH	188
4.	Fixierungserfordernisse nach dem GmbHG-E 1971/1973	191
5.	Fixierungserfordernisse nach dem WEG	193
6.	Fixierungserfordernisse nach den §§ 40, 41 Abs. 4 öGmbHG.....	196
III.	Zusammenfassender Vergleich der Funktionen der Beschlussfixierung	197
IV.	Beschlussfixierung in der Personengesellschaft nach dem Regelungsvorschlag der Arbeit.....	199
1.	Keine konstitutive Beschlussfixierung	199
2.	Fixierung als Voraussetzung der Klagefrist.....	201
3.	Ergebnisfixierende Wirkung.....	202
4.	Richtigkeitsgewähr durch die Beteiligung eines Notars.....	203
5.	Informations- und Beweifunktion	204
6.	Zwischenergebnis für den Regelungsvorschlag der Arbeit	205
7.	Konkrete Ausgestaltung des Fixierungserfordernisses.....	205
a.	Art und Weise der Beschlussfixierung	205
aa.	Ausdrückliche Beschlussfixierung	205
bb.	Keine Beschränkung auf die Personenhandelsgesellschaften ..	207
cc.	Konkrete Fixierungsanforderungen.....	208
dd.	Ergebnis für den Regelungsvorschlag der Arbeit.....	210
b.	Kompetenz zur Beschlussfixierung	211
c.	Fixierungsverlangen durch einen Gesellschafter.....	214

d. Ergebnis für den Gesetzgebungsvorschlag der Arbeit.....	215
V. Beginn der Klagefrist und Ergebnis	215
E. Vorläufige Verbindlichkeit des festgestellten Beschlusses	217
I. Vorläufige Verbindlichkeit als materielle Bindungswirkung	217
II. Pflicht des Vorstandes zur Umsetzung fehlerhafter Beschlüsse	218
III. Materielle Bindungswirkung nach § 23 Abs. 4 S. 2 WEG	222
IV. Schlussfolgerungen für die §§ 110 ff. HGB n.F. und den Regelungsvorschlag der Arbeit.....	223
F. Fehlerhafte Beschlüsse, die nicht der starren Frist unterfallen	224
I. Verwirkungseinwand.....	224
II. Einstimmige Aufrechterhaltung des Beschlusses	226
G. Heilung durch Zeitablauf	227
H. Ergebnisse	229
4. Kapitel:	
Die klageweise Geltendmachung von Beschlussmängeln in einem Regelungsvorschlag der Arbeit.....	233
A. Die einheitliche Beschlussmängelklage nach dem Vorschlag der Arbeit.....	233
I. Geltendmachung des Fehlers durch Klage.....	233
1. Mängel, deren Geltendmachung einer Frist unterliegt	233
2. Mängel, deren Geltendmachung der Verwirkung unterliegt	234
II. Einheitlichkeit der Klage	235
III. Inzidente Geltendmachung	237
IV. Ergebnis	240
B. Klagegegner	240
I. Kritik am Feststellungsmodell und § 113 Abs. 2 S. 1 HGB n.F.	240
II. Dogmatische Grundlage	242
III. Probleme bei der Gesellschaft als Klagegegnerin.....	243
1. Gefahr des „Insichprozesses“	244
2. Unbillige Verteilung der Prozesskosten.....	245
IV. Regelungsvorschlag der Arbeit	248
V. Ergebnis	250

C. Rechtskrafterstreckung des Urteils	251
I. Rechtslage im Kapitalgesellschaftsrecht und nach dem Anfechtungsmodell der §§ 110 ff. HGB n.F.	251
II. Das Problem sich widersprechender Entscheidungen im Beschlussmängelstreit.....	253
III. Rechtslage im Feststellungsmodell nach h.M.	255
IV. Ausgestaltung einer Regelung im Gesetzesvorschlag der Arbeit	258
1. Erfordernis der Wahrung des rechtlichen Gehörs nach Art. 103 Abs. 1 GG	258
2. Rechtskrafterstreckung auch bei Klageabweisung durch Sachurteil.....	259
3. Verbindung von Klagen	262
V. Ergebnis	263
D. Klagebefugnis.....	263
I. Beschränkung der Klagebefugnis auf die Gesellschafter.....	263
II. Weitere Einschränkungen der Klagebefugnis	266
1. Teilnahme- und Widerspruchserfordernis	266
2. Beschränkung auf dissentierende Gesellschafter.....	267
3. Mindestquorum und materielle Betroffenheit.....	268
III. Ergebnis für den Gesetzesvorschlag der Arbeit	269
E. Streitwert	270
F. Einstweiliger Rechtsschutz	273
G. Übertragung der Ergebnisse auf die Beschlussfeststellungsklage	275
H. Ergebnisse	278
5. Kapitel:	
Übertragung der Ergebnisse auf den unwirksamen Beschluss und bestimmte Personengesellschaften in einem Regelungsvorschlag der Arbeit	281
A. Übertragung der Ergebnisse auf den unwirksamen Beschluss	281
I. Übertragung der Möglichkeit zur Befristung	282
II. Übertragung der Einschränkungen des Nichtigkeitsgrundsatzes	284
III. Übertragung der Vorschläge zur gerichtlichen Geltendmachung	285
B. Nicht auf Erwerb ausgerichtete BGB-Gesellschaften	287

I.	Nicht auf Erwerb ausgerichtete Außen-Gesellschaften	287
II.	Nicht rechtsfähige Innengesellschaften.....	290
III.	Ergebnis	291
C.	GmbH & Co. Kommanditgesellschaften	291
D.	Publikumspersonengesellschaften	294
I.	Begriff der Publikumspersonengesellschaft.....	294
II.	Anknüpfung an einzelne Strukturmerkmale.....	297
1.	Großer Gesellschafterkreis.....	297
2.	Gesellschafter als Portfolioinvestoren	299
a.	Kapitalistische Beteiligung	299
b.	Rationale Apathie und kollektives Rechtsschutzinteresse.....	300
c.	Beschränkung der Interessen auf das Investment.....	301
III.	Ergebnis	302
E.	Ergebnisse	302
6. Kapitel:		
Wesentliche Ergebnisse und Gesetzgebungsvorschlag	305
A.	Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	305
B.	Gesetzgebungsvorschlag	312
C.	Begründung des Gesetzgebungsvorschlags	315
I.	Zu § 714 BGB-E	315
II.	Zu § 714a BGB-E	317
III.	Zu § 714b BGB-E.....	320
IV.	Zu § 714c BGB-E	323
V.	Zu § 714d BGB-E.....	324
VI.	Zu § 714e BGB-E	324
D.	Schluss - Wider einer Institutionenbildung?.....	325
Abkürzungsverzeichnis		XVII
Literaturverzeichnis		XXIII